

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM, einjährig, Trügerlos monatlich 1,00 RM, Postbezugspreis 1,20 RM, einjährig, Trügerlos monatlich 1,20 RM, Postgebühren (ohne Zustellungsgebühren). Anzeigenpreise: Für die Woche 1,00 RM, Einzelnummer 15 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 20 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Heute: Neuer Roman
„Die reizendste Frau — außer Johanna“
Ein Bismarck-Roman von Paul Oskar Höcker
Neue Artikelreihe
„Männer“ / Ein Buch des Stolzes. Von Erhard Willek

Dresdner Druckerei: Dresden-N. 1, Postfach 1000, Fernverkehr 27951-27953 • Telegr.: Dresdner • Berliner Str. 10
Postfach: Dresden 2050 — Nichterlangte Sendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Verleger die Verantwortung für die auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 204

Sonntag, 1. September 1935

43. Jahrgang

Neue Wendung im Abessinienkonflikt

Laval vermittelt nicht mehr — Große Manöver in der Lüneburger Heide — Erklärung der Kleinen Entente gegen die Habsburger

Angelsächsisches Delmonopol

Ein neuer Schachzug Abessiniens — Steht England hinter der Privatgesellschaft?

Telegramm unfres Korrespondenten

Der abessinische Konflikt hat, wie heute morgen zwei bedeutende englische Blätter — „Daily News Chronicle“ und „Daily Telegraph“ — berichten, eine überraschende Wendung erfahren, deren Auswirkungen im Augenblick noch nicht zu übersehen sind. Im Laufe des gestrigen Tages hat der abessinische Herrscher einer angloamerikanischen Privatgesellschaft die ausschließlichen Rechte zur Oel- und Mineralerzeugung sowie der Gewinnung aller natürlichen Bodenschätze in einem Gebiet, das fast drei Viertel des gesamten abessinischen Staatses umfaßt, zugesprochen. Eine amtliche Bestätigung dieser sensationellen Nachrichten war bis zur Stunde nicht zu erreichen. Die Londoner „Financial Times“, die in den heutigen frühen Morgenstunden von privater Seite unterrichtet wurde, hat sich unverzüglich mit Rom in Verbindung gesetzt.

Es bleibt abzuwarten, was die englische Regierung zu diesen Meldungen sagen wird. Zunächst ist nicht mehr vorhanden als der Vertrag des Regens mit einer privaten Ausbeutungsgesellschaft. Da der Regent bekanntlich niemals den englisch-französisch-italienischen Vertrag von 1903, der Abessinien in drei Interessensphären aufteilt, anerkannt hat, kann man ihm auch nicht vorwerfen, diesen Vertrag verletzt zu haben. Anders liegt die Sache aber, falls die englische Regierung sich hinter die dem angloamerikanischen Syndikat gewährte Konzession stellen sollte. Es würde dann nicht nur eine Verletzung des Vertrages von 1903, sondern höchstwahrscheinlich auch ein Bruch der englisch-italienischen Abmachungen von 1925 in Frage kommen. (Vgl. auch die ausführliche Meldung auf Seite 2)

Laval stellt die Vermittlung ein

Telegramm unfres Korrespondenten

H. Paris, 31. August

Die diplomatischen Schlichtungsverhandlungen des Quai d'Orsay im abessinischen Streitfall sind gestern zum Stillstand gekommen. Am Quai d'Orsay wurde gestern abend erklärt, daß die französische Diplomatie „vorläufig feierlichste Initiative mehr ergriffen werde“. Bis kommenden Montag, also bis zum Beginn des nächsten Vorbesprechens eben in Paris, seien feierlichste Verhandlungen mehr vorzuziehen.

Infolgedessen hat die große Pariser Presse heute morgen die Abessinienfrage aus dem Kreis ihrer politischen Betrachtungen in ziemlich betrüblicher Stimmung. Im „Echo de Paris“ findet sich ein Angriff auf England. Das Blatt erklärt, die wahren Gründe der hartnäckigen Opposition Englands gegen Italien seien nun enthüllt und verweist auf die Nachrichten über die Monopolkonzession für alle Bodenschätze Abessiniens an eine angelsächsische Gesellschaft. Das „deutsche Protokoll“.

Ueber die Stimmung am Quai d'Orsay macht heute nur Frau Taboussi im „Devoir“ einige mögliche Angaben. Sie behauptet die „tiefste Entmutigung“ Laval's angesichts der Tatsache, daß Italien etwa Mitte September seine Operationen gegen Abessinien beginnen werde. Aber, „um sein Gewissen zu beruhigen“, habe Laval in der letzten Unterredung mit dem italienischen Botschafter noch einmal den

Beschlüsse der Kleinen Entente

Telegramm unfres Korrespondenten

B. Bled, 31. August

Die Erklärung über die Ergebnisse der Konferenz der Kleinen Entente, die gestern abend bekanntgegeben wurde, war insofern eine Heberbeurteilung, als sich die Kleine Entente hier in einer unerwarteten Schärfe gegen das Haus Habsburg als Herrscher in transalpinen Staaten in Europa ausspricht. Damit wendet sich die Kleine Entente also nicht nur gegen die Erbenthronung Othos von Habsburg in Österreich, sondern auch gegen jeden eventuellen König Ungarns aus der habsburgischen Familie. Mit dieser Stellungnahme in der habsburgischen Frage hat ohne Zweifel Jugoslawien einen großen Erfolg errungen. Denn es ist kein Geheimnis, daß Beneß genötigt war, in der habsburgischen Frage eine weniger deutliche und klarere Haltung einzunehmen.

Den Donopakt hat man mehr historisch behandelt. Er soll Objekt einer sehr sorgfältigen Unter-

suchung der Politik der drei Ententestaaten bleiben. Sein Abschluß sei notwendig zur Zusammenarbeit der Kleinen Entente einseitig und Defensiv und Ungarns gegenüber. Die Kleine Entente sieht ferner in einem Donopakt die beste Grundlage freundschaftlicher und friedlicher Beziehungen zwischen der Kleinen Entente, Italien und Deutschland. Für den Fall eines Zugeständnisses in der Ausübung in Österreich und Ungarn werden konkrete Sicherheiten verlangt. Sehr beachtet wird es, daß über die Stellung zu Sowjetrußland in der amtlichen Erklärung nichts enthalten ist. Ob die Gerüchte zutreffend sind, die wissen wollen, daß Jugoslawien nicht mehr so hartnäckigen Widerstand gegen die Anerkennung Moskaus leistet, bleibt abzuwarten. Im abessinischen Konflikt, der natürlich auch besprochen wurde, scheinen die Meinungen innerhalb der Kleinen Entente geteilt zu sein. Unter französischem Einfluß scheint die Forderung einer Stellungnahme gegen den englischen Druck auf Italien zu bestehen, während Belgien sich von jeder Festlegung fernhalten will, weil es gelassen allen Möglichkeiten zuzuhilfen kann. Denn solange Italien die abessinische Angelegenheit nicht endgültig bereinigt hat, kommt es ernstlich für keine Aktion gegen Jugoslawien in Frage.

Österreich im Hintergrund

Und hinter allem das Delfi! Ist das die Lösung der Frage, warum Abessinien so heftig umstritten ist, warum England so hartnäckig einer Kleinherzogin Italiens in diesem Erdwinkel widersteht? Sprechen vielleicht nicht nur politische, sondern auch sehr bedeutsame wirtschaftliche Gründe dagegen? Aus Abdis Abeba kommt heute morgen die Nachricht, daß die abessinische Regierung einer angloamerikanischen Privatgesellschaft eine Konzession in Oel- und Mineralerzeugung gewährt hat, die ihr ein Monopol für alle Oel- und Kohlereste abt. Diese Konzession liegt gerade in den abessinischen Randgebieten, die Italien zu besetzen wünscht, die es als Rohstoffquellen für sich ansahen und bedacht.

Die Erschließung dieser neu entdeckten Vorkommen soll schon in aller nächster Zeit beginnen, und die Gesellschaft plant den Bau einer Abessinien-Oel- und Kohlenbahn bis zum Hafen Beila in Britisch-Somaliland. Sind wir damit dem Geheimnis auf der Spur, was hinter jenen etwas mysteriösen Angebot Abebas steht, der Abessinien, falls es gewisse Zugeständnisse an Italien machen wolle, einen Streifen Landes im Britisch-Somaliland abgeben wollte, der eben in jenem Hafen Beila enden sollte. Plant England mit dem Bau einer solchen Abessinien-Oel- und Kohlenbahn, die das mesopotamische Oel nach Ostafrika an die Mittelmeerküste bringt?

Die abessinische Konzession wirft viele Fragen auf, die zur Stunde noch nicht beantwortet werden können. Die Meldungen aus Abdis Abeba haben sich aber bestätigt, die Konzession wurde tatsächlich erteilt. Es steht jedoch noch nicht fest, wer hinter der neuen Gesellschaft steht. Man weiß auch noch nicht, wie Italien die Nachricht aufnehmen wird.

Italien wird marschieren

Eine Forderung der Beschlüsse Roms ist kaum zu erwarten. Denn eines ist in dieser Woche klar geworden: Italien wird marschieren. Mit Oest oder ohne Oest oder gegen Oest. Aber marschieren wird!

Die italienische Delegation wird am 4. September in Genf erscheinen und eine umfangreiche Antikriegspropaganda gegen Abessinien vorlegen. Die angeblich schlüssig bewiesenen, daß Abessinien der Angreifer ist und nicht Italien. Soweit es Mussolini also dem englischen Wünsche entgegenkommen: er hat sich im Gegensatz zu seiner früheren Haltung damit einverstanden erklärt, daß der Völkerbund die italienisch-abessinische Grenzfrage und nicht nur den Zwischenfall von Ismail bespricht. Aber wenn Italien aus dem Spiel in Genf zunächst ausscheiden will, so erhebt sich sofort die neue Frage: Wie weit wird sich Italien an transalpinen Beschlüssen der Genfer Verhandlungen halten? Wie weit können überhaupt Völkerbundsentschlüsse Italien zufriedenstellen? Mussolini hat diese Fragen im voraus beantwortet: Sollten irgendwelche Sanktionen beschlossen werden, so wird Italien sie als feindseligen Akt auffassen, und damit wäre aus dem abessinisch-italienischen Konfliktkonflikt ein Weltkonflikt geworden. Einen solchen Konflikt möchte man aber, wenn es irgendwie geht, in London und auch in Paris vermeiden. Das weiß man in Rom, und darin besteht die Stärke der Stellung Mussolini's. In London möchte man das Gesicht des Völkerbundes wahren, schon darum, weil für das Weltreich, zu dessen kühnerem Verteidigungssystem das Völkerbundsregime gehört, unendlich viel auf dem Spiele steht und die vergangenen Jahre der Verstrickungen schwer einzuholen sind. Das englische Kabinett ist in einer mehr als schwierigen Lage. Auf der einen Seite steht der harte Wille Mussolini's — auf der anderen der des Weltreiches. Noch scheint man in London vor dem Marsch ins Ungewisse. Welcher Wille wird nun härter und länger sein: der des Römers oder der des Briten?

Sind Frankreichs Hände gebunden?

Frankreich wieder schaut in erster Linie nach Deutschland, und die irdische Frucht vor diesem Deutschen bestimmt alle seine Entschlüsse. Die französische Diplomatie sucht Zeit zu gewinnen, und die dankbare Presse hatte in den letzten Tagen die unendliche Aufgabe, ihren Lesern immer erneut zu beweisen, daß Völkerbundsanktionen zwar an sich gut und richtig sind (vor allem, wenn sie gegen Deutschland angewendet werden), aber daß im gegebenen

Falle doch alles noch „viel zu unklar“ und die Frage der Sanktionen nach der Völkerbundsprozedur „noch gar nicht akut“ sei. Man könne noch warten und müsse alle „überhitzten“ Beschlüsse vermeiden.

Bisweilen ist dieses in England schon sehr übel vermerkt worden, nur der Ausdruck der Tatsache, daß Frankreichs Hände schon gebunden sind? Was hat eigentlich Laval bei seiner Zusammenkunft mit Mussolini zu Anfang dieses Jahres Italien versprochen? Mussolini sprach sich in seinem Interview mit Ward Price darüber ziemlich unklar aus. Laval hat bisher jede Bindung Frankreichs an die römische Politik geleugnet. Aber was hat nun eigentlich im Palazzo Venezia Mussolini von Laval erwartet bekommen? Diese Frage wird in Paris von der Opposition immer lauter gestellt. In französischen Regierungskreisen verbuchte man es zunächst als einen Erfolg, daß Italien überhaupt nach Genf zu kommen gedankt. Und der „Temps“ trat dieser Lage in einem scharfen Artikel dafür ein, daß man ihm nicht entgegenkommen und „seine gerechten Wünsche erfüllen“ möchte, natürlich „unter Aufrechterhaltung der abessinischen Unabhängigkeit“.

„Eine etwas rauhe Polizeiaktion“

Man suchte die ganze Woche hindurch bis zum gestrigen Freitag, wo man diese Bemühungen vorläufig aufgab, ein „Arrangement“ zu finden. Man rief den Engländern, das italienische Material anzuerkennen und den Italienern Gelegenheit zu einer „großen Polizeiaktion“, zu einer „operation de police, un peu rude“ („einer ein wenig rauhen Polizeiaktion“), wie sich Wladimir d'Ormesson im „Figaro“ ausdrückte. Auf deutsch: Mussolini's Wünsche sollen erfüllt werden, aber gleichzeitig sollen Italien Grenzen gesetzt werden, damit Frankreichs Stellung in Europa durch eine weitere Ausdehnung des Konflikts nicht gefährdet wird. Alles das nennt man im „Temps“ „gewissenhafte Pflückerei des Völkerbundes“. Ein widerliches, ekelhaftes Spiel.

In Rom geht man begeistert und mit südländisch etwas lautem Gän nach Genf, in Frankreich ähnlich, etwas müde und skeptisch, in London mit einer großen Tasse voll Moral. Hinter allem stehen tiefste Berechnungen, realistische Interessen und außerordentlich gesunde Beschlüsse. Die Welt ist durch den Völkerbund kein Friedensparadies geworden, sie ist immer noch ein Tölpel, in dem nur der überleben kann, der sich am besten zu wehren weiß und seine uralten Gaben am häufigsten anzuwenden versteht. Es gibt Völker, die den Glauben haben, sie könnten auf das Betreten dieses „Mussolini'schen“ verzichten, sie könnten sich „kollektieren“, sie brauchen um die europäischen Konflikte nicht zu kümmern. Dazu gehören zur Zeit die Amerikaner, die eine absolute Neutralitätsklärung im Kongreß beschlossen haben.

Revolutionäre Gesetzgebung in USA.

Der amerikanische Kongreß hat sich soeben verlagert. Er hat eine beispiellos lange Sitzungsserie hinter sich, die nicht zuletzt wegen der feindseligen Dinge des sommerlichen Wahlnovums an Welt und Körperkraft der Abgeordneten und Senatoren die höchsten Ansprüche stellt. Es hat auch kaum eine Kongreß-Session in der Geschichte der Vereinigten Staaten gegeben, die so viel bedeutsame revolutionäre Gesetzgebungen zu verabschieden hatte, wie die eben vergangene. Präsident Hoover selbst kann im allgemeinen zufrieden sein. Er hat zwar einige Schlappen erlitten, im ganzen aber hat er, obwohl sich der Widerstand des Kongresses merklich verheißt, mehr aus Senat und Repräsentantenhaus herausgeholt, als jeder andre amerikanische Präsident vor ihm.

Die wichtigsten Gesetze des großen Reformwerkes sind die folgenden: 1. Das Arbeitsbeschäftigungsgesetz, das 5 Milliarden Dollar für öffentliche Arbeiten aussetzt. 2. Das Sozialversicherungsgesetz, das die Aufgabe eines umfassenden Alters- und Invalidenversicherungswerkes darstellt — eine Maßnahme, die eine für amerikanische Verhältnisse wahrhaft revolutionäre Umwälzung bedeutet. 3. Das Bankengesetz, das die Kreditkontrolle von den großen Bankhäusern in Wallstreet auf den Federal Reserve Board überträgt, also der direkten Leitung des Präsidenten unterstellt. 4. Das große Steuer-gesetz, das die direkten Steuern für größere Einkommen heraufsetzt und trotz manchen Abänderungen, die der Kongreß vornahm, immerhin noch etwa 250 Millionen Dollar Mehreinnahmen bringen wird. Mit diesen Gesetzen vollzieht Amerika den Übergang vom reinen Kapitalismus zum sozialen Staat.